

WMI

WOHNUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN

40

Ausgabe 4. Oktober 2013

Inhalt

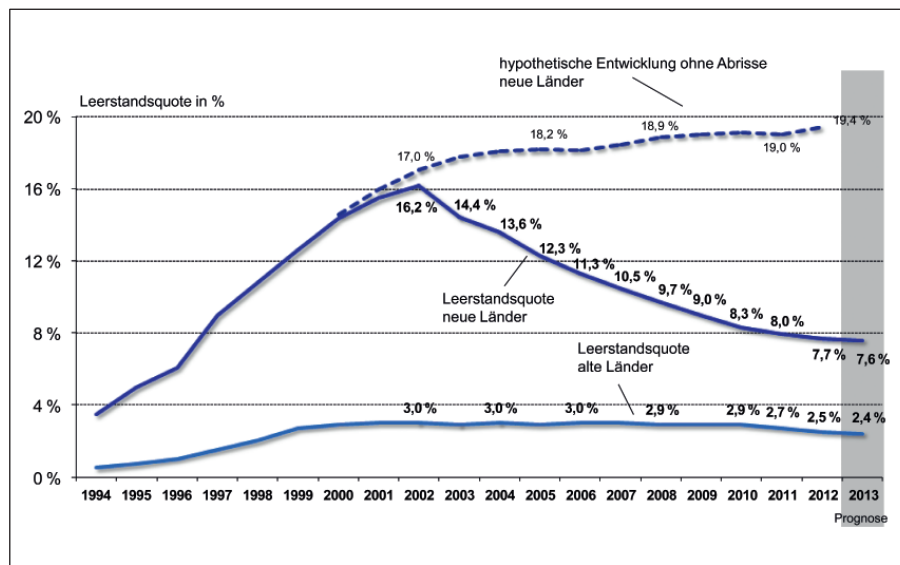
2 EXPO REAL: Die führenden Verbände der Immobilienwirtschaft sind vom 7. bis 9. Oktober auf der größten europäischen Messe für Immobilien und Investitionen vertreten.

3 Mietpreisbremse: Eine statistische Auswertung von Wohnungsangeboten in NRW zeigt, dass eine Mietbegrenzung den Wohnungsneubau schwächen würde.

3 Lübeck: Bei der diesjährigen Arbeitstagung der norddeutschen Wohnungswirtschaft war die Stimmung einen Tag nach der Bundestagswahl vom Wahlausgang geprägt.

Tag der Deutschen Einheit – Stadtumbau Ost bleibt zentrale Aufgabe für die Wohnungswirtschaft

Berlin – „Auch im Jahr 23 nach der Wiedervereinigung bleibt der Umgang mit dem Leerstand von Wohnungen eine zentrale Aufgabe für die ostdeutschen Bundesländer“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, anlässlich des Tages der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2013.



Wohnungsleerstand in Ost und West 1994 bis 2013: Leer stehende Wohnungen bezogen auf den insgesamt bewirtschafteten Wohnungsbestand der durch den GdW vertretenen Unternehmen.

Seit dem Start des Programms Stadtumbau Ost wurden circa 300.000 leer stehende Wohnungen abgerissen – über 90 Prozent davon von den im GdW vertretenen Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Die Leerstandsquote der GdW-Unternehmen ist in den neuen Ländern im Jahr 2012 auf 7,7 Prozent gesunken. „Das ist eine positive Entwicklung. Entwarnung bedeutet sie aber noch lange nicht. Denn die Zahlen stagnieren: Für das Jahr 2013 wird die Leerstandsquote nach den Prognosen der GdW-Unternehmen nur noch um 0,1 Prozent sinken und dann bei 7,6 Prozent liegen. In zahlreichen Regionen sind

die Leerstände sogar wieder angestiegen. Laut Zensus stehen in den neuen Bundesländern etwa 633.000 Wohnungen leer. Die Bekämpfung von Wohnungsleerstand bleibt eines der zentralen Probleme in Ostdeutschland“, so Gedaschko.

Der GdW-Präsident warnt vor einer zweiten Leerstandswelle. „Wir gehen davon aus, dass sich der Wohnungsleerstand bis zum Jahr 2030 auf über 1,2 Millionen Wohnungen nahezu verdoppelt, wenn jetzt nicht gehandelt wird. Das ist einerseits die Folge der demografischen Entwicklung in den

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Städte für Wohnungsneubau und Mietpreisbremse

Der Deutsche Städtetag hat von der kommenden Bundesregierung gefordert, in Ballungszentren Anreize für den Wohnungsneubau zu setzen – etwa durch eine regional unterschiedliche Investitionszulage. Auch müsse das seit 2008 nicht mehr erhöhte Wohngeld an die Mietentwicklung angepasst werden. Zudem machen sich die deutschen Städte für eine regional differenzierte Mietpreisbremse stark. (wi)

18 Prozent mehr Heizkosten

Wegen der kalten Wintermonate zu Jahresbeginn und gestiegener Energiepreise müssen Mieter wohl auch 2013 fürs Heizen tiefer in die Tasche greifen. Die Jahresrechnung könnte um bis zu 18 Prozent höher liegen als 2012, berichtete die *Berliner Zeitung* am 2. Oktober 2013 auf Basis einer Prognose des Deutschen Mieterbundes. 2012 waren die Heizkosten laut bundesweitem Heizspiegel der gemeinnützigen Gesellschaft co2online um neun Prozent gestiegen. (wi)

Mehr Erwerbstätige

Im August 2013 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes insgesamt 41,8 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Gegenüber August 2012 war das ein Plus von 220.000 Erwerbstätigen oder eine Zunahme um 0,5 Prozent. Im August 2013 waren 2,17 Millionen Personen erwerbslos, das waren 108.000 weniger als ein Jahr zuvor. (wi)

Internationaler Tag der älteren Menschen: Gutes und sicheres Wohnen bleibt zentrales Thema

Berlin – „Der starke Anstieg des speziellen Wohnbedarfs älterer Menschen wird in den kommenden Jahren eine große Herausforderung für die Wohnungswirtschaft in Deutschland darstellen“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, anlässlich des Internationalen Tages der älteren Menschen am 1. Oktober 2013. Er appellierte an die künftige Bundesregierung, den demografischen Wandel stärker in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu rücken.

„Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft langfristig und wird älter. Das erfordert bereits heute Investitionen in barrierearme Wohnungen und ein barrierearmes Wohnumfeld“, erklärte der GdW-Chef. Bis zum Jahr 2050 dürfte sich die Zahl der über 80-Jährigen in Deutschland auf gut 10 Millionen Menschen fast verdreifachen. Bundesweit leben nach Angaben des Kuratoriums deutsche Altershilfe (KDA) nur etwa eine halbe Million der Seniorenhaushalte in Deutschland in barrierearmen oder barrierefreien Wohnungen. Das entspricht 1,4 Prozent aller Wohnungen in Deutschland. „Wir brauchen mehr altersgerechte

Wohnungen – allen voran im Wohnungsbestand“, mahnte GdW-Chef Gedaschko.

Der GdW fordert die künftige Bundesregierung angesichts des wachsenden Bedarfs altersgerechter Wohnungen auf, die erforderlichen Bundesmittel für das Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“ der KfW Bankengruppe bei den Beratungen für den künftigen Bundeshaushalt so schnell wie möglich wieder bereitzustellen. Denn trotz aktuell niedriger Zinsen reiche das Eigenprogramm der KfW an dieser Stelle nicht aus, um den eigentlichen Bedarf abzudecken. Auch müsse die Förderung von kom-

munalen und quartiersbezogenen Demografiekonzepten ergänzt werden. „Auf kommunaler Ebene müssen sich die Beteiligten zusammenfinden und gemeinsam Lösungen für eine barrierearme Ausgestaltung der kommunalen Infrastruktur und die Bereitstellung von ausreichend barrierearmem Wohnraum finden“, so Gedaschko. Die Wohnungsunternehmen hoffen, dass der aktuell diskutierte neue Pflegebedürftigkeitsbegriff tatsächlich zu mehr Bedarfsgerechtigkeit in der Pflege und einer stärkeren wohnungsnahen Versorgung beitragen könne und zügig umgesetzt werde, so der GdW-Chef. (burk) ■

EXPO REAL 2013: Immobilienverbände im Dialog mit der Politik

Berlin – Die führenden Verbände der deutschen Immobilienwirtschaft sind vom 7. bis 9. Oktober auf der EXPO REAL 2013 in München vertreten. Wie im vergangenen Jahr präsentieren sich die Verbände der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland gemeinsam auf der größten europäischen Messe für Gewerbeimmobilien und Investitionen.

Ob Finanzmarktregulierung, Steuerpolitik, Energiewende oder Mietpreisbremse: Am Stand der BID erwarten die Messebesucher Gesprächsrunden mit Vertre-

tern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Verbänden. Als Gäste werden am Stand der BID erwartet: **Günther Oettinger**, EU-Kommissar für Energie, **Michael Müller**, Bürgermeister und Senator für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin, **Florian Rentsch**, Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sowie **Dirk Fischer**, MdB und baupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.

Die *wi*-Redaktion wird bei der EXPO REAL am Stand der BID drei Sonderausgaben der *wi* live und vor Ort produzieren. Die Sonderausgaben mit aktuellen Berichten

über das Messegesehen, die Aktivitäten der immobilienwirtschaftlichen Spitzenverbände am Messestand der BID und wohnungspolitischen Nachrichten finden Sie in Kürze als Blätter-PDF im Online-Archiv der *wi*. Eine Auswahl der Berichte zur EXPO lesen Sie außerdem in der nächsten Wochenausgabe der *wi*, die als Messe-Spezial erscheint. (mcg/schi) ■

➔ **Das Standprogramm der BID auf der EXPO REAL finden Sie auf Seite 6 dieser *wi*-Ausgabe. Zum Online-Archiv der *wi* gelangen Sie, indem Sie auf www.haufe.de/immobilien in der Menüleiste am unteren Seitenrand auf „Zeitschriften“ und „wi“ klicken.**



Foto: Büro Roman Lorenz

➔ Fortsetzung von Seite 1

ostdeutschen Bundesländern. Andererseits liegt das am Auslaufen der Altschuldenhilferegulierung zum Ende des Jahres 2013“, erklärte Axel Gedaschko.

Die Altschuldenhilferegulierung hat bisher ostdeutsche Wohnungsunternehmen um etwa die Hälfte ihrer aus DDR-Zeiten stammenden Altschulden entlastet. „Wird keine Anschlussregelung gefunden, bleiben künftig Wohnungsunternehmen, die sich am Rückbau beteiligen und ihre Woh-

nungsbestände abreißen, auf ihren Altschulden sitzen. Dies ist kein Anreiz, um sich auch weiterhin am Rückbau zu beteiligen“, so Gedaschko.

Nach jüngsten Berechnungen müssten pro Jahr mindestens 40.000 Wohnungen abgerissen werden, um einen erneuten deutlichen Anstieg der Leerstandszahlen zu verhindern. Allein diese Zahlen zeigen, dass sich nicht nur Wohnungsunternehmen, sondern auch private Eigentümer am Rückbau beteiligen müssen. „Wir

brauchen daher Anreizinstrumente, die alle am Wohnungsmarkt beteiligten Akteure einbeziehen. So müssen vorrangig diejenigen Wohnungseigentümer Investitionshilfen erhalten, die in Innenstädte oder zukunftsfähige Quartiere investieren und sich an der Marktberäumung beteiligen“, so der GdW-Chef. So würden alle Akteure auf dem Wohnungsmarkt einbezogen, Schrumpfungsprozesse systematisch begleitet und zukunftsfähige Teile in den Kommunen attraktiv gestaltet. (burk) ■

Statistische Analyse: Mietpreisbremse schwächt Wohnungsneubau in NRW

Düsseldorf – Nach der Bundestagswahl steht fest: Die Pläne für eine Mietpreisbremse werden eine große Rolle in den Koalitionsverhandlungen spielen. Dabei soll sie sich nach den Plänen der Parteien an der ortsüblichen Vergleichsmiete orientieren. Dadurch aber brähe der Wohnungsneubau in Städten wie Dortmund und Mülheim an der Ruhr ein. Das ist das Ergebnis einer statistischen Auswertung von Wohnungsangeboten, die das Forschungsinstitut InWIS Forschung & Beratung GmbH im Auftrag des VdW Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen vorgenommen hat.

„Die Mietpreisbremse hätte große Auswirkungen auf NRW – mit ihr geriete der dringend notwendige Neubau in Gefahr. Die Politik verwechselt eindeutig das Bremsmit dem Gaspedal!“ – so das Fazit von VdW-Verbandsdirektor **Alexander Rychter**. Eine Woche nach der Bundestagswahl ist zwar noch nicht endgültig entschieden, welche Parteien miteinander koalieren werden. Doch in den Programmen aller wahrscheinlichen Koalitionspartner im Bundestag ist von einer Mietpreisbremse bei Wiedervermietung die Rede. Den Plänen zufolge soll, ob nun nur in einzelnen Regionen oder generell, der Mietpreis bei Wiedervermietung nicht höher als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen. Der VdW Rheinland Westfalen hat jetzt ermitteln lassen, was diese Regelung für den Neubau und den Bestand bedeuten würde. Auch der Neubau wäre von der Mietpreisbremse bei Wiedervermietung betroffen, weil die Wohnungsmiete – sollte der erste Mieter nach relativ kurzer Zeit wieder ausziehen – auf einen absolut unrentablen Preis reduziert werden müsste, der den Baukosten in keiner Weise entspricht.

InWIS hat mit den Städten Mülheim an der Ruhr (schrumpfende Stadt), Dortmund (ausgeglichener Wohnungsmarkt), Münster und Bonn (von Wohnungsknappheit geprägte Märkte) unterschiedliche Kom-

munen für Nordrhein-Westfalen (NRW) untersucht. Anhand der qualifizierten Mietpiegel dieser Städte wurde die ortsübliche Vergleichsmiete einer typischen Neubauwohnung (75 Quadratmeter) und eine typische Wohnung aus den 50er-/60er-Jahren (zwischen 50 und 80 Quadratmetern) ermittelt. Anschließend wurde überprüft, zu welchem Preis solche Wohnungen im Zeitraum von Anfang 2012 bis Mitte 2013 bei ImmobilienScout24 in diesen Städten angeboten wurden.

Laut **Torsten Bötling**, Geschäftsführer der InWIS Forschung & Beratung GmbH, ist das Ergebnis besonders für den Neubau erschreckend: „Die Folgen der Mietpreisbremse wären für den Neubau dramatisch. In Dortmund etwa liegen knapp 85 Prozent der angebotenen Neubauwohnungen über dem Wert, den die Mietpreisbremse zulassen würde. Man kann davon ausgehen, dass diese Wohnungen bei der geplanten Mietpreisdeckelung nicht gebaut worden wären.“ Hintergrund für die gestiegenen Preise von Neubauwohnungen auch in schrumpfenden und stagnierenden Märkten ist die Verteuerung der Baukosten. Diese sind zwischen 2005 und 2012 um mehr als 23 Prozent gestiegen, was laut VdW-Verbandsdirektor Alexander Rychter auch auf die energetischen Anforderungen an das Bauen zurückzuführen ist. In die-

sem Jahr soll erneut die Energieeinsparverordnung verschärft werden. Einem neuen Vorschlag zufolge sollen die energetischen Anforderungen um 25 Prozent verschärft werden. „Das widerspricht jeder Politik, die Wohnen bezahlbar halten will. Die Dämmungen sollen immer dicker, die Gebäudehüllen immer dichter werden, damit weniger Energie verbraucht wird. Das kostet aber Geld und schlägt sich in den Mieten nieder“, sagte Rychter dazu.

In Bezug auf die Wohnungen aus den 50er- und 60er-Jahren fanden die InWIS-Forscher heraus, dass in den untersuchten Städten bis zu 56 Prozent der angebotenen Wohnungen über dem laut Mietpreisbremse zulässigen Wert liegen (10 Prozent über ortsüblicher Vergleichsmiete). „Es ist zu befürchten, dass die Investitionen in diese Bestände auf ein Minimum zurückgehen, weil sie schlicht und ergreifend nicht mehr wirtschaftlich darstellbar wären“, erklärte InWIS-Geschäftsführer Torsten Bötling. „Die Mietpreisbremse hilft einkommensschwachen Mietern kein bisschen“, so VdW-Verbandsdirektor Alexander Rychter zusammenfassend. „Im Gegenteil: Sie verschlimmert die Situation, weil sie Investitionen in Neubau und Bestand massiv behindert.“

(bus/schi) ■

➔ Die komplette Auswertung steht unter www.vdw-rw.de zum Download bereit.

Gut Wohnen: Global denken, lokal handeln – Arbeitstagung 2013 der norddeutschen Wohnungswirtschaft

Lübeck – Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) hatte vom 23. bis zum 25. September 2013 zur VNW-Arbeitstagung in die Musik- und Kongresshalle in Lübeck geladen. Rund 1.000 Gäste folgten der Einladung und ließen sich von mehr als 40 Referenten über aktuelle wohnungswirtschaftliche und -politische Themen informieren. Einen Tag nach der Bundestagswahl war die Stimmung vom Wahlausgang geprägt.



GdW-Präsident Axel Gedaschko, Moderatorin Anja Würzburg und Lukas Siebenkotten, Direktor des Deutschen Mieterbundes, diskutierten über die Wohnungspolitik für die neue Legislaturperiode.

VNW-Verbandsdirektor Dr. **Joachim Wege** machte in seiner Eröffnungsrede wie auch in der Podiumsdiskussion mit Politikern und Experten deutlich, dass nun wieder Vernunft in die Wohnungspolitik einkehren müsse: „Die Wohnungswirtschaft steht zu Unrecht am Pranger. Die Politik kann nicht einerseits ständig Steuern, Abgaben, Energie-, Bau- und Planungskosten erhöhen und dann andererseits für diesen Kostenanstieg die Vermieter verantwortlich machen. Stattdessen sollte sie nach genauer Analyse die Wohnungs- und Energiepolitik ökonomisch, ökologisch und sozial vernünftig ausgestal-

Weiter auf Seite 4 ➔



Foto: VNW/Jann Wilken

Jochen Kiersch, Vorstand Deutscher Mieterbund Kieler Mieterverein, die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg Jutta Blankau, Dr. Stefan Rudolph, Staatssekretär im Bauministerium Mecklenburg-Vorpommern, VNW-Verbandsdirektor Dr. Joachim Wege, Andreas Breitner, Innenminister von Schleswig-Holstein, und Moderator Carsten Kock von Radio Schleswig-Holstein (v. l.).

ten“, so Dr. Wege. Er betonte, dass Neubau der beste Mieterschutz sei und zugleich ein differenzierter Blick auf die Anforderungen der jeweiligen Region stattfinden müsse.

Bei der VNW-Arbeitstagung kommen jedes Jahr große Redner aus Politik und Wirtschaft zu Wort. War es 2011 der heutige Bundespräsident Joachim Gauck, im vergangenen Jahr Prof. Dr. Jürgen Stark, ehemaliges Mitglied im Direktorium der EZB, so sprach dieses Jahr der ehemalige Bundesminister und UNO-Unterstaatssekretär Prof. Dr. **Klaus Töpfer**. In seinem Vortrag „Globale Zukunftsfragen: Nahrung – Ernährung – Energie“ griff er das Motto der VNW-Arbeitstagung auf und berichtete über weltweit relevante Themen, die im regionalen beziehungsweise lokalen Bereich auch die norddeutsche Wohnungswirtschaft beeinflussen. „Die Welt blickt mit großen Erwartungen nach Deutschland“, so Töpfer im Hinblick auf die Energiewende, für deren erfolgreiche Umsetzung die Wohnungsunternehmen wichtiger Partner sind. Die Relevanz der Wohnungswirtschaft als Arbeitgeber betonte im Anschluss **Mar-**

git Haupt-Koopmann, Chefin der norddeutschen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit. Hier müssten sich die Wohnungsunternehmen auf einen Fachkräftemangel und einer damit einhergehenden Umgestaltung gefasst machen. Das Potenzial liege bei Frauen und ausländischen Kräften.

Auf humorvoll pointierte Weise analysierte **Lorenz Maroldt**, Chefredakteur der Zeitung *Der Tagesspiegel*, in seinem Vortrag „Deutschland nach der Wahl“ den Wahlkampf und dessen Ausgang. Dass Ernst und Unfug häufig nahe beieinanderstehen, machte dieser Beitrag auf Kosten aller Parteiprogramme und zum Amusement der Gäste deutlich. Wie wichtig aber ein verlässliches, sprich ernsthaftes Programm für die Wohnungspolitik ist, zeigte die Diskussion zwischen **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, und **Lukas Siebenkotten**, Direktor des Deutschen Mieterbundes. Aktuelle Streitthemen wie die Mietpreisbremse, die Vermögenssteuer und Förderprogramme wurden

debattiert. Die Forderungen der Wohnungsunternehmen im GdW gleichen in vielen Punkten denen des Mieterbundes – Ziel ist es, eine bezahlbare, warme Wohnung für jeden Menschen zu schaffen.

Weitere Vorträge und zahlreiche Arbeitskreise boten den Gästen der VNW-Arbeitstagung die Möglichkeit für Information, Austausch und Unterhaltung. Besonderer Höhepunkt in diesem Jahr war der VNW-Salon am Montagabend. Die Gäste fanden sich in einer Welt von Attraktionen, Musik und Lichtern wieder. Von den Shoe Shine Boys mit Band wurden sie in die zwanziger Jahre entführt, das Cocktaillduo Take Two bot eine aufregende Show aus Artistik, Jonglage und Comedy und die namenhafte Soulsängerin Love New Kirk brachte mit Charme und starker Stimme Rhythmus in die Halle. Erstmals wurde auf einer VNW-Arbeitstagung getanzt. (fri) ■

➔ **Mehr Informationen und Fotos der VNW-Arbeitstagung finden Sie auf www.vnw.de und in der Novemberausgabe des VNW-Magazins.**

AUSBILDUNG

Der Countdown läuft: Jetzt zum B. A.-Studium „Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung“ anmelden

Für alle Abiturienten, die Spaß an Zahlen haben und einen abwechslungsreichen Beruf mit einem breiten Spektrum an spannenden Aufgaben und Aufstiegsmöglichkeiten suchen, ist eine Karriere als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater genau das Richtige. Den perfekten Einstieg und die fundierte Ausbildung dazu bietet die Studiengruppe „Wirtschafts-

prüfung und Steuerberatung“ im Bachelor-Studiengang „Business Administration“, der ab Herbst 2013 wieder an der EBZ Business School in Bochum startet. Die Prüfungsorganisationen im GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen stellen wieder Studienplätze zur Verfügung. Studieren und gleichzeitig Berufserfahrung sammeln: Die ausgewählten Studenten erlernen immobilienwirtschaftliches Know-how an der privaten Fachhochschule EBZ und arbeiten neben den Vorlesungen als „Werkstudenten“ vor Ort in den Prüfungsverbänden und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Dadurch erler-

nen sie das Prüfungshandwerk als „training on the job“ direkt beim Mandanten.

Die späteren Tätigkeitsfelder sind selbstverständlich nicht nur auf Prüfungsverbände und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften beschränkt: Auch Tätigkeiten im Rechnungswesen von Wohnungsunternehmen sind mit dieser Ausbildung perfekt möglich. Kennen Sie interessierte Abiturienten oder möchten Sie sich selbst bewerben? Dann schicken Sie Ihre Bewerbung an: bewerbung@gdw.de

➔ **Weitere Infos zum Studiengang finden Sie unter www.pruefungsverbaende.de**



In Besprechungen punkten

17. Oktober 2013, Bochum

Überzeugte Teammitglieder leisten mehr als diejenigen, die nicht an eine Idee glauben. Umso wichtiger ist es, in Teambesprechungen die Anderen von einer guten Idee zu begeistern. Doch nicht jedem ist das in die Wiege gelegt: Manchmal werden die eigenen Argumente nur beiläufig angehört, wodurch wertvolle Diskussionsbeiträge verloren gehen. In diesem Seminar erfahren die Teilnehmer, wie sie ihre Anliegen in Besprechungen gezielt positionieren. Sie lernen ihre kommunikative Wirkung besser kennen und erfahren, wie sie sich überzeugend mit ihren Beiträgen und Ansichten durchsetzen und wie sie Argumente schlüssig miteinander verknüpfen.

Weitere Infos: EBZ, Lara Bonnemann, Telefon: 0234/9447517, E-Mail: l.bonemann@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

„Leiter Finanzen“

17. Oktober 2013, Berlin

Eine solide Finanzierung gehört zu den Standards nachhaltiger Führung von Immobilienunternehmen. Dies gilt für den laufenden Geschäftsbetrieb ebenso wie für die Umsetzung von Neubauprojekten. Die Zielgruppentagung „Leiter Finanzen“ thematisiert aktuelle Aspekte und beleuchtet Instrumente sowie Rahmenbedingungen gleichermaßen. Sie führt die unterschiedlichen Akteure des Themengebietes Immobilienfinanzierung zusammen, behält jedoch stets den Blickwinkel der Wohnungswirtschaft.

Weitere Infos: BBA, Christoph Dormeier, Telefon: 030/23085541, E-Mail: christoph.dormeier@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de/kalender

Telefontraining

24. Oktober 2013, Nürnberg

Das rechtzeitige und richtige Telefonieren spart Zeit und Geld ein. In diesem Seminar werden die Grundlagen der Telefontücken und der Gesprächstechniken besprochen, Verhalten analysiert und neu eingeübt. Durch praktische Beispiele und Filmsequenzen begegnen die Teilnehmer der Telefonarbeit mit neuem Schwung und lernen Tricks und Tipps zum professionellen Umgang mit Mietern, Wohnungseigentümern, Hauskäufern, Bauträgern, Firmen, Verwaltungen, Daueranrufern.

Weitere Infos: VdW Bayern, Katja Kaiser-Himmelsbach, Telefon: 089/290020302, E-Mail: katja.kaiser-himmelsbach@vdwbayern.de, Internet: www.vdwbayern.de

Beschäftigungsdatenschutzgesetz

28. Oktober 2013, Dresden

Datenschutzbeauftragte mit fundierten Grundkenntnissen sollten sich auch beim Thema Beschäftigtendatenschutz (BDSG) gut auskennen. In diesem Seminar wird anhand des aktuellen Standes des BDSG die Rechtsprechung und die vorherrschende Meinung zum Beschäftigtendatenschutz besprochen und Lösungsmöglichkeiten zur Prävention und datenschutzkonformen Kontrolle in Wohnungsunternehmen aufgezeigt.

Weitere Infos: VSWG, Cindy Habrom, Telefon: 0351/8070122, E-Mail: habrom@vswg.de, Internet: www.vswg.de/weiterbildung

Anzeige

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 01.10.2013 für wohnungswirtschaftliche Finanzierungen

Zinsbindung	Sollzins	effektiv
15 Jahre	2,95%	2,99% p.a.
10 Jahre	2,55%	2,58% p.a.
5 Jahre	1,93%	1,95% p.a.

Bedingungen:
Erststellige Grundschuld auf wohnungswirtschaftlichen Objekten
Beleihungsauslauf 60%
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.
3 Monate bereitstellungszinsfrei
keine Gutachterkosten oder Bearbeitungsgebühren

Zinsentwicklung bis 01.10.2013
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

Dr. Klein-EnergieEffizienzDarlehen*: für Neubau ab ca. **2,62%** p.a. / für Modernisierung ab ca. **1,30%** p.a.
(* Vergleichszinssatz eines Annuitätendarlehens mit gleicher Laufzeit und Zahlungsströmen. Stand: 01.10.2013)

Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, www.drklein.de
Archiv Zinsentwicklung unter www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html

IMPRESSUM

WI Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel. 030 82403-151
Fax 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg
Tangstedter Landstraße 83
22415 Hamburg
Tel. 040 520103-0
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:
110 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbestellungs-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten
oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

WI Online-Archiv

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter www.haufe.de/immobilien in der Fußzeile unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden und Produkte starten“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf www.haufe.de verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Unter „meine Online Produkte starten“ – oben rechts unterhalb der Anmelde-Funktion – erscheint dann die wi. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse durch. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in der Übersicht.

Die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland ist vom 7. bis 9. Oktober bei der EXPO REAL 2013 – der größten B2B-Messe für Immobilien und Investitionen in Europa – in München in Halle B2 am Stand 220 vertreten. Auch der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen ist am BID-Stand vor Ort.

Montag, 7. Oktober 2013

**11:15 Uhr
Standeröffnung**

Dr. Andreas Mattner Vorsitzender BID und Präsident ZIA

Im Anschluss

Hopp oder Top: Was erwartet die Branche von der neuen Bundesregierung?

Die Präsidenten der BID-Mitgliedsverbände im Gespräch:

Dr. Andreas Mattner Präsident ZIA

Walter Rasch Präsident BFW

Axel Gedaschko Präsident GdW

Jens-Ulrich Kießling Präsident IVD

Thomas Meier Präsident BVI

Wolfgang D. Heckeler Präsident DDIV

Jan Bettink Präsident vdp

11:45 Uhr

Ein hässliches Entlein? Die Immobilienwirtschaft in der öffentlichen Wahrnehmung

Andreas Remien Süddeutsche Zeitung

Christian Hunziker Freier Journalist

Dr. Norbert Schwaldt Die Welt (angefragt)

Michael Psotta Frankfurter Allgemeine Zeitung

13:00 Uhr

Verleihung DIA Forschungspreis

Sebastian Körber MdB und Baupolitischer Sprecher der FDP

Prof. Dr. Heinz Rehkugler Studienleitung, DIA; CRES

Jens-Ulrich Kießling Präsident IVD

Peter Graf Geschäftsführer DIA

13:30 Uhr

Standbesuch von Michael Müller

Bürgermeister und Senator für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin

14:30 Uhr

Nach der EnEV ist vor der EnEV: Wird die Immobilienwirtschaft bei der Energiewende überfordert?

Martin Kaßler Geschäftsführer DDIV

Dr. Klaus Nahlenz Vorstandsmitglied BVI

Axel Gedaschko Präsident GdW

Peter Ruwe Geschäftsführer Vertrieb, ista Deutschland GmbH

Holger Radtke Geschäftsführer, Vattenfall Europe Sales GmbH

15:00 Uhr

Standbesuch von Günther Oettinger

Kommissar für Energie, Europäische Union

15:15 Uhr

Standbesuch von Kathrin Schneider

Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg

15:30 Uhr

Finanzmarktregulierung und Immobilienmarkt: Halb so wild oder schlimmer als befürchtet?

Jan Bettink Präsident vdp

Dr. Alan Cadmus Polis Immobilien AG; BFW Arbeitskreisvorsitzender

Helmut Rausch Vorstandsmitglied, WL BANK

Hans Peter Trampe Vorstandsmitglied,

Dr. Klein & Co. AG

16:30 Uhr

Steuern rauf = Wohnungsbau runter?

Ingeborg Esser Hauptgeschäftsführerin, GdW

Hans-Joachim Beck Leiter Abteilung Steuern, IVD

Dr. Hans Volkert Volckens CFO, IVG Immobilien AG und Vorsitzender, ZIA Ausschuss Steuern

17:30 Uhr

Der deutsche Immobilienmarkt – Transparenz durch Kommunikation?

Dr. Georg Allendorf Geschäftsführer RREEF Investment GmbH, Mitglied des Präsidiums des ZIA



Frank Völkel Geschäftsführer, New Times Corporate Communications GmbH

Marc Stilke CEO und Sprecher der Geschäftsführung, ImmobilienScout24

Prof. Dr. Heinz Rehkugler wissenschaftlicher Leiter, CRES Center Real Estate Studies

Axel Gedaschko Präsident GdW

18:30 Uhr

Bayerisches Messe Chillout

ermöglicht durch die freundliche Unterstützung von



Dienstag, 8. Oktober 2013

11:00 Uhr

ABS für die Mietpreisbremse?!

Dr. Andreas Mattner Präsident ZIA

Walter Rasch Präsident BFW

Axel Gedaschko Präsident GdW

Jens-Ulrich Kießling Präsident IVD

Dr. Franz-Georg Rips Präsident Deutscher Mieterbund

11:30 Uhr

Standbesuch von Florian Rentsch

Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

12:00 Uhr

Haushaltslöcher und Personalmangel: Städte und Gemeinden als Hemmschuh für Immobilienprojekte?

Helmut Rausch Vorstandsmitglied, WL BANK

Maren Kern Vorstand, BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen

Jürgen Michael Schick Vizepräsident und Sprecher, IVD

13:00 Uhr

3....2....1....leer...: Wie der Onlinehandel die Innenstädte verändert

Dr. Katrin Grumme DGC Dr. Grumme Consulting GmbH; BFW Arbeitskreisvorsitzende

Prof. Dr. Günter Vornholz EBZ Business School;

Immobilien-Research Deutsche Hypo

Axel Jordan Leiter Immobilienfinanzierung Finanzgruppe und Mittelstand, DG Hyp

Dagmar Faltis Geschäftsleitung Gewerbeimmobilien, ImmobilienScout24

14:00 Uhr

BID Marktplatz – Pffiffige Produkte und Ideen für die Branche

Thomas H. Beutner Leiter Immobilienwirtschaft, Deutsche Kautionskasse AG

Maziar Arsalan Head of B2B-Marketing, ImmobilienScout24

Antonio Fischetti Bereichsleiter Marketing, ista Deutschland GmbH

Carsten Ganz Senior Risk Consultant – Special Lines, Mesterheide GmbH

Hans Peter Trampe Vorstandsmitglied, Dr. Klein & Co. AG

16:00 Uhr

Verleihung Immobilien Marketing Award

Klaus Striebich Managing Director Leasing, ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG

Maziar Arsalan Head of B2B-Marketing, ImmobilienScout24

Prof. Dr. Werner Ziegler HFUW Nürtingen-Geislingen

Dirk Labusch Chefredakteur, Immobilienwirtschaft

18:30 Uhr

Standbesuch von Dirk Fischer

MdB und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Aufbau Ost der CDU/CSU-Fraktion

Als weiteren Gast erwarten wir am Stand: **Michael Groschek** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

18:45 Uhr

Sektempfang

19:00 Uhr

Standparty mit Live Musik von Benny & Joyce

ermöglicht durch die freundliche Unterstützung von



Mittwoch, 9. Oktober 2013

11:00 Uhr

Nachhaltigkeitsberichterstattung und Zertifizierung in der Branche

Ingeborg Esser Hauptgeschäftsführerin, GdW

Dr. Thomas Beyerle Head of CSR & Research, IVG Immobilien AG; Leiter des ZIA AK Reporting

Prof. Dr. Marco Wölfle wissenschaftlicher Leiter des CRES, Center for Real Estate Studies

Prof. Dr. Sigrid Schaefer Prorektorin Forschung EBZ Business School; Geschäftsführerin InWIS GmbH

Mareen Walus CSR-Managerin, ImmobilienScout24

LIVE-INFOS VOM BID-STAND

Die *wi*-Redaktion berichtet bei der EXPO REAL 2013 live vom Stand der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Deutschland



In drei *wi*-Sonderausgaben erfahren Sie an den Messetagen vom 7. bis 9. Oktober 2013 alles Aktuelle vom Standgeschehen und aus der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Die Highlights der Messetage können Sie außerdem in einem Messetagebuch auf **Xing** nachlesen. Werden Sie dazu einfach Mitglied in der Gruppe „Wohnungswirtschaft im GdW“.

➔ **Nachrichten in Echtzeit vom EXPO-Stand bekommen Sie über Twitter. Noch kein Follower? Dann wird es Zeit! Die *wi*-Redaktion twittert auf www.twitter.com/gdwwohnen**